

3. Rahmenkredit 2023-2026 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes

Antrag des Regierungsrates vom 23. November 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 14. März 2023

Vorlage 5876a (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt dem Kantonsrat, den vom Regierungsrat beantragten Rahmenkredit 2023 bis 2026 über 68 Millionen Franken für Subventionen im Energiebereich um 16 Millionen Franken auf 84 Millionen Franken aufzustocken. Sie will damit so rasch wie möglich die Dekarbonisierung und eine höhere Gesamtenergieeffizienz erreichen.

Konkret sollen, erstens, 4,5 Millionen Franken mehr für den Gebäudebereich zur Verfügung gestellt werden, neu also insgesamt 64,5 Millionen Franken. Damit soll vor allem ein für Private verunsicherndes Stop-and-go bei der Subventionierung des Heizungsersatzes vermieden werden. Hintergrund dafür ist das revidierte kantonale Energiegesetz, das seit dem 1. September 2022 in Kraft ist.

Zweitens will die Mehrheit der Kommission in den Bereichen «Speicherung» und «Biogas» 2 Millionen Franken mehr als der Regierungsrat einsetzen, nämlich neu 6 Millionen Franken.

Und drittens will sie ein starkes Zeichen für den Innovationsstandort Zürich setzen und neu 13,5 Millionen Franken statt nur 4 Millionen Franken für Pilotprojekte zur Verfügung stellen. Damit sollen die Potenziale verschiedener neuer Technologien möglichst zügig in der Praxis ausgelotet werden können. Dies soll letztlich zu mehr Unabhängigkeit vom Ausland und mehr Stabilität bei der Energieversorgung führen.

Die Minderheit der Kommission lehnt die Aufstockung des Kredits ab und will dem Rahmenkredit gemäss Vorlage der Regierung zustimmen. Für sie ist keinesfalls gesichert, dass das bewilligte Geld, wie von der Mehrheit beantragt, ausgegeben werden kann. Insbesondere sei nicht klar, ob es tatsächlich während der Laufzeit des Kredits genügend förderungswürdige Pilotprojekte gebe. Besondere und grössere Pilotprojekte könnten nach Ansicht der Minderheit bei Bedarf jederzeit mit einem entsprechenden Objektkredit gefördert werden.

Zusammengefasst: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen für die Jahre von 2023 bis 2026 einen Rahmenkredit von 84 Millionen Franken für Subventionen im Energiebereich, die Minderheit einen Rahmenkredit von 68 Millionen Franken.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Die SVP/EDU-Fraktion kann dieser grosszügigen Erhöhung der Subventionen nicht zustimmen, wir haben deshalb in der

KEVU den Minderheitsantrag gestellt. Im Jahre 2021 hat das Volk Ja zum kantonalen Energiegesetz gesagt. Dass nun der vierjährige Rahmenkredit vor Ablauf praktisch schon aufgebraucht wurde, hat sicher auch mit der allgemeinen unsicheren Lage zu tun, und alle möchten etwas vom Kuchen haben. Der Kuchen mit total 33,2 Millionen Franken hatte von 2020 bis 2023 je 8 Millionen grosse Stücke und 1,2 Millionen Franken für Studien oder Projekte. Die grosse Nachfrage nach den Subventionen darf durchwegs positiv gewertet werden. So kann mit Gebäudesanierungen messbare Energieeffizienz erreicht werden. Deshalb hat der Gesamtregierungsrat – mit Betonung auf «Gesamtregierungsrat» – im November 2022 den Antrag gestellt, ein Rahmenkredit von 68 Millionen Franken für die Jahre 2023 bis 2026 zu bewilligen. Das wären dann jedes Jahr 15 Millionen Franken für Heizungsersatz und zusätzlich 4 Millionen für Pilotprojekte. Das ist immerhin eine Verdoppelung. Soweit der Antrag des Regierungsrates.

Im Februar dieses Jahres wurde in der KEVU seitens der Baudirektion auf die Tränendrüse gedrückt, gejammert und zugleich wurden mit mehr Geld für Biogasanlagen und Tiefengeothermie Zückerli verteilt. Und siehe da, es geht auf. Schlussendlich überbieten die Liberalen sogar noch die Linken mit Mehr-Geld-Ausgeben: Ohne Hemmungen werden nochmals 16 Millionen Franken mehr draufgepackt. Inzwischen sprechen wir von total 84 Millionen Franken, also zweieinhalb Mal dem Betrag des ursprünglichen Rahmenkredits 2020 bis 2023. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt diese exorbitante Aufstockung klar ab. Zudem ist zum jetzigen Zeitpunkt keinesfalls gesichert, dass die von der KEVU-Mehrheit beantragten 13,5 Millionen Franken für Pilotprojekte überhaupt ausgegeben werden können. Gibt es wirklich während der vierjährigen Laufzeit genügend solche Projekte für 13,5 Millionen Franken? Mit «förderungswürdig» und «innovativ» wollen wir keine gelangweilten Studenten beschäftigen oder sinnlose Studien erstellen. Oder wird hier sogar Geld auf Vorrat gehortet? Denn bereits heute könnten besondere Pilotprojekte bei Bedarf mit einem entsprechenden Kredit gefördert werden. Die SVP/EDU ist für Technologieoffenheit und weniger Abhängigkeit vom Ausland. Aber als Volksvertreter verpflichten wir uns auch für den sorgsamen Umgang mit Steuergeldern. Wir lehnen den Kommissionsantrag ab und stimmen für den Antrag der Regierung. Danke.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Die KEVU will 84 Millionen Franken in den Rahmenkredit 2023 bis 2026 einstellen für Subventionen im Energiebereich. Das sind doch mutige 16 Millionen mehr, als der Regierungsrat beantragt hat. Der Rahmenkredit ist für die SP und die Klima- und Fortschrittsallianz ein zentrales Instrument, um so rasch wie möglich die Dekarbonisierung und eine höhere Gesamtenergieeffizienz zu erreichen, bei gleichzeitig Stärkung der Unabhängigkeit vom Ausland. Wir haben den Willen des Regierungsrates erkannt, in diesem Bereich Fortschritte zu machen, finden aber, dass die Vorwärtsschritte noch immer Babyschritte sind, nein, einem Babykrabbeln gleichkommen. Nun, Krabbeln ist gar nicht so einfach wie es aussieht. Gut trainierte Muskeln sind dazu ebenso wichtig wie Motorik und Gleichgewichtssinn. Krabbeln ist ein wichtiger Meilen-

stein auf dem Weg zum Laufen-Lernen, aber die Zeit des Laufen-Lernens, geschweige denn des Krabbelns, ist vorbei. Eigentlich müssen wir laufen können, geradezu sprinten können. Die Klima- und Fortschrittsallianz hat dies erkannt und verdankenswerterweise auch die Mitte und die FDP. Wir beantragen Ihnen, nicht nur im Gebäudebereich 4,5 Millionen Franken mehr zur Verfügung zu stellen als der Regierungsrat beantragt, sondern auch 2 Millionen in den Bereichen «Speicherung» und «Biogas», nämlich neu 6 Millionen Franken, und als starkes Zeichen neu 13,5 Millionen Franken statt nur 4 Millionen für Pilotprojekte in der Geothermie und in der Fotovoltaik, um nur zwei Gebiete zu nennen, zur Verfügung zu stellen. Wir sind überzeugt, dass dieses Geld nicht nur nützlich und nötig ist, sondern auch in der gegebenen Frist eingesetzt werden kann. Es braucht dazu ein einfaches, griffiges Instrument. Der Umweg über Einzelanträge mittels Objektkredite, wie das die SVP vorsehen will, ist nicht schnell genug. Mit den zusätzlichen Mittel für den Gebäudebereich – so hat es auch der Präsident der KEVU gesagt – wird vor allem ein für Private verunsicherndes Stop-and-go bei der Subventionierung des Heizungersatzes vermieden. Das sollte doch auch für die SVP einsichtig sein.

Nochmals: Sind die beantragten Subventionen der richtige Weg, um die Dekarbonisierung voranzutreiben, oder ist es nur eine bessere Profitmaschine für Unternehmen? Fakt ist, dass es in der Schweiz in den vergangenen Jahren wohl dreckige, aber genügend billige Energie gab. Somit wurde die Wende zu erneuerbaren Energien und zu einer sicheren Versorgung schlicht verschlafen. Der Markt hat die langfristige Versorgung der Menschen in der Schweiz verpennt.

Muss der Staat, müssen wir mit unseren Steuern – zudem teilweise auf Kosten der lokalen Natur, wie das manchmal beispielsweise bei Windenergieanlagen, aber auch bei grossen Fotovoltaik-Anlagen der Fall ist –, müssen wir mit Subventionen auch im Energiebereich die Profite der Unternehmen vergrössern? Fakt ist, dass wir den Umbau der Gesellschaft möglichst rasch vorantreiben müssen in eine Gesellschaft, welche Energie möglichst effizient herstellt beziehungsweise umwandelt und speichert in eine Gesellschaft, die möglichst wenig fossile Energie verbraucht. Dazu müssen wir alle uns zur Verfügung stehenden politischen Mittel nutzen. Wir müssen den Gebrauch von fossilen Energien gesetzlich einschränken, darum kommen wir nicht herum. Solange dies nicht geschieht, wird die erneuerbare Energie die fossile nicht ersetzen, sondern sie wird lediglich zusätzlich verbraucht. Auch wenn ein Verbot die menschliche Schöpfungskraft immens befördert, müssen wir mindestens auch Anschubsubventionen und ähnliche Mittel als Stärkung und Richtungsweiser für die entsprechenden Industrien einsetzen; nicht zuletzt, damit wir auch unserer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Fakt ist: Ohne die Wirtschaft ist netto null nicht so schnell zu kriegen. Langfristig ist es aber sehr wohl auch angebracht zu überlegen und einzufordern, wie der Staat Unternehmen finanziell unterstützen kann und er dabei nicht nur für das Klima etwas erhält. Es ist durchaus angebracht zu diskutieren, warum die Allgemeinheit unter anderem privaten Investoren bis zu 60 Prozent der Solarinvestitionen bezahlt, ohne dabei Miteigentümerin zu werden.

Die SP ist sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen in der Schweiz und auf der ganzen Welt, aber auch gegenüber der Umwelt bewusst und stimmt der Vorlage, wie von der KEVU beantragt, zu.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Der Rahmenkredit ist nun ja wirklich ein bereits sehr etabliertes Instrument, um die kantonalen Energie- und Klimaziele zu erreichen. In der Vergangenheit wurde der Hauptteil der Fördermittel aus bekannten Gründen – der Bund verdoppelt jeden kantonalen Franken – eindeutig im Gebäudebereich alloziert. Nun ist es so, dass wegen des neuen Energiegesetzes der bis Ende dieses Jahres laufende Rahmenkredit bereits im Sommer aufgebraucht sein wird. Aus unserer Sicht ist es klar: Es braucht eine rasche Beratung, einen schnellen Kantonsratsentscheid, damit keine Lücke entsteht, eine Lücke, die aus unserer Sicht insbesondere auch die Eigentümerinnen und Eigentümer verunsichert und zu einem sinnlosen bürokratischen Aufwand, einem Stop-and-go führen würde. Denn das neue Energiegesetz hat erfreulicherweise zu einem Schub bei den Fördergesuchen geführt, und es ist wichtig, dass die Versprechen, die wir an Planungs- und Investitionssicherheit gemacht haben, weiter eingelöst werden können.

Ich hatte hier ein Votum vorbereitet, das eigentlich nicht mit dieser Schärfe der SVP gerechnet hat. Aber ich freue mich jetzt, dass ich hier bereits etwas replizieren darf. Offenbar hat die geschätzte Kollegin Sandra Bossert an einer ganz anderen KEVU-Beratung teilgenommen als ich. Es wäre mir nämlich entgangen, dass die Baudirektion und unser geschätzter Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) da auf die Tränendrüse gedrückt hätte. Diese Tränchen sind mir also absolut entgangen. Es war so, dass die Baudirektion ihre Beratung vorgetragen hat, und wir haben uns seitens der FDP und der SP zu einem Mehrheitsantrag bei diesem Rahmenkredit zusammengefunden, und es gab wirklich keine Tränendrüse. In Bezug auf die Geothermie oder die Biogasanlagen gab es zwei Aufstockungsanträge. Als Partei wollten wir einen klaren Fokus auf innovative Pilotprojekte legen und die SP verlangte mehr Mittel für energetische Sanierung der Gebäude. Ich finde es gut, dass es uns gelungen ist, einen Kompromiss zu erarbeiten. Von der über vier Jahre ausgerichteten zusätzlichen Aufstockung von 16 Millionen Franken – das sind jährlich 4 Millionen Franken mehr, und man bedenke hier nur einmal den Staatshaushalt – fallen neu 13,5 Millionen, statt wie geplant nur 4 Millionen Franken, im Bereich der Pilotprojekte an. Das ist substanziell und das ist uns wichtig. 2 Millionen Franken mehr sind für Speicherprojekte und für Biogas eingeplant. Eigentlich hätte ich gedacht, dass das auch ein Anliegen der SVP, insbesondere der Vertreterinnen und Vertreter der SVP aus dem Landwirtschaftsbereich sein müsste. Mit dem Kompromiss, der aus unserer Sicht für die Kantonsfinanzen absolut tragbar ist, wird unserem Anliegen sehr gut Rechnung getragen. Endlich kann nämlich die verstärkte Erforschung der Tiefengeothermie, die breitere Anwendung für Biogasanlagen und die Prüfung von verschiedenen Varianten für Stromspeicherungen oder beispielsweise auch der Ausbau der Fotovoltaik entlang von Strassen und Trassen angegangen werden. Das sind traditionellerweise Anliegen der FDP und ich hätte eigentlich vermutet, es wären auch Anliegen der

SVP. Geothermie, Biogasanlagen – da war sie doch immer dabei, wenn wir Vorstösse eingereicht haben. Und dazu muss man noch sagen: So schnell wird nun kein Objektkredit beraten. Wir alle kennen den Parlamentsbetrieb. Wer glaubt, dass man innert Kürze einen Objektkredit für ein Geothermie-Projekt aus dem Boden stampfen könnte, der träumt nun wirklich. Es ist ein bisschen viel Gedöns um Innovations- und Technologiefreiheit vonseiten der SVP und ein bisschen wenig Einlösen der Versprechen, das muss ich hier doch sagen.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass mit der deutlichen Aufstockung für Projekte für Biogas und Speichertechnologien endlich auch das Narrativ, dass wir kantonale bislang eben praktisch nur für das Gebäudeprogramm Förderung gesprochen haben, weil damit der kantonale mit dem Bundesbeitrag kumuliert wird, dass dieses Narrativ durchbrochen wird. Die Aufstockung im Sinne einer Anschubfinanzierung wird zu einem Innovationspush für neue Technologien führen, für stabilere Energieversorgung dank Berücksichtigung alternativer Technologien sorgen, die Auslandsabhängigkeit, liebe SVP, im Energiebereich verringern und auch die Liegenschaftsbesitzer entlasten. Das muss uns jährlich 4 Millionen Franken mehr wert sein.

Und jetzt ist es ganz klar oder, besser gesagt, wenn wir dann abgestimmt haben, ist es klar an der Baudirektion zu zeigen, dass sie den Auftrag entgegen- und ernst nimmt. Wir stimmen mit der Mehrheit der KEVU dem Mehrheitsantrag zu.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Der Klimaschutz, das ist unsere grösste Herausforderung, die wir aktuell haben. Und nach dem Energiegesetz ist dieser Rahmenkredit das wichtigste Instrument auf der kantonalen Ebene, über das wir aktuell verfügen, um die Ziele zu erreichen; dies zumindest, solange wir uns einfach nicht getrauen, gewisse Bereiche anzufassen. Jede Heizung, die heute durch eine klimafreundliche Alternative ersetzt wird, stösst kein CO₂ mehr aus. Und jede Investition in eine klimaschädliche Technologie dauert lange, bis sie raus ist. Wir müssen endlich dazukommen, dass wir den Klimaschutz nicht nur als ein fernes Ziel anschauen und sagen «2050 sind wir dann bei netto null», sondern wir müssen das Budget, das dahintersteht, betrachten und sagen: Wir müssen rasch und schnell vorwärtsmachen.

Mit dem Energiegesetz haben wir einen wichtigen Schritt gemacht und die Folge ist jetzt, dass der Kredit rasch ausläuft – nicht zeitlich, aber finanziell. Das zwingt die KEVU dazu, den Rahmenkredit, dessen Verlängerung sehr zügig zu behandeln, damit keine Lücken entstehen, denn Lücken wären extrem problematisch. Diese Lücken würden die Wirtschaft schädigen und nicht nur das Klima, denn wir können es ganz klar sehen: Wenn ein Hauseigentümer die Heizung ersetzen möchte und weiss «jetzt bekomme ich kein Geld, keine Subvention dafür, wohl aber in anderthalb Jahren», dann wird er nichts machen. Wenn wir also irgendwie eine Lücke entstehen lassen würden, heisst das, er wird seine Bestellungen stornieren. Er wird die Projekte nicht aufgleisen. Die Firmen, die diese Heizungen einbauen, die diese Technologien in den Markt bringen, leiden darunter. Wir würden damit die Industrie, die wir auch benötigen, damit die Leitungen oder die Heizungen gebaut werden, weiter bremsen. Das dürfen wir nicht zulassen. Und

wir dürfen auch nicht zulassen, dass wir jetzt einen zu kleinen Rahmenkredit sprechen, der dann genau dieses Problem wieder aufschiebt. Wir wissen es heute nicht, wenn wir nicht aufstocken, ob wir dann in zwei Jahren, wenn wir wieder Geld brauchen, wieder so rasch behandeln können. Und auch der Erhöhung, die hier eingeführt wird, stimmen wir nicht nur aus diesen Gründen zu, weil es mehr Mittel auch für den Gebäudebereich gibt, sondern wir möchten auch die Innovationen fördern. Es ist wichtig, dass wir das tun, dass wir neue Lösungen entwickeln. Es ist aber eben auch wichtig, dass wir diese nicht nur entwickeln, sondern dass wir diese Technologien und die Energie, die sie produzieren, in den Markt kriegen. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn wir diesem Rahmenkredit zustimmen. Dieses Ziel werden wir nicht erreichen, wenn wir da irgendwelchen Ideen im Wolkenkuckucksheim mit den Objektkrediten, die wir dann jahrelang beraten, anhängen. In diesem Sinne bitte ich alle hier drin: Haben Sie ein Einsehen, stimmen Sie der Erhöhung und diesem Rahmenkredit zu. Herzlichen Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Wir haben es gehört, «Stop and go», das Wort des heutigen Morgens. «Stop and go verhindern», unter diesem Motto müssen Förderprogramme ausgestaltet werden. Denn wenn ein Stopp bei Förderprogrammen ausgesprochen werden muss, ist es ganz schwer, dies wieder aus den Köpfen zu bringen. Ein Beispiel dafür ist die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Fotovoltaik-Anlagen. Das Programm zur Förderung von Fotovoltaik-Ausbau, es ist exzellent gestartet, war aber nach wenigen Jahren ausgeschöpft, und eine Warteliste ist entstanden, was den Zubau abgewürgt und das Vertrauen der Bevölkerung untergraben hat. Es hat Jahre gedauert, bis das Vertrauen wieder da war.

Dies darf uns mit der Förderung im Energiebereich im Kanton Zürich auf keinen Fall passieren. Es ist also dringlich, dem Kredit heute zuzustimmen. Das Förderprogramm ist Teil des Klimadeals und ein zentraler Pfeiler auf dem Weg in eine fossilfreie Zukunft. Mit den Mitteln werden hauptsächlich der Heizungsersatz und die Wärmedämmung von Gebäuden unterstützt. Der aktuell noch laufende Kredit wird sehr gut genutzt und ist bald ausgeschöpft. Das ist erfreulich und zeigt, dass die seit dem letzten September geltende Änderung des Energiegesetzes gut greift. Ölheizungen werden durch Wärmepumpen ersetzt und Wärmedämmungen werden angebracht.

Mit dem Antrag des Regierungsrats über 68 Millionen Franken kann nicht garantiert werden, dass der Kredit für die nächsten vier Jahre ausreicht. Damit wir in vier Jahren möglichst nicht in die gleiche Situation kommen wie jetzt, will die Mehrheit der Kommission den Kredit um 16 Millionen Franken erhöhen. Für die Ausarbeitung des Antrags danke ich der FDP und der SP. Mit dem Antrag soll bei der Förderung der Fokus auf Pilotprojekte verstärkt werden. Das ist auch im Sinne der Grünen. Wichtig ist, dass es bei den Sanierungen, beim Ersatz der fossilen Heizungen und gleichzeitig auch bei der Entwicklung neuer erneuerbarer Technologien etwas vorwärtsgeht. Gerade was Biogas angeht, verstehe ich die Ablehnung der SVP gar nicht. Wichtig zu erwähnen ist, dass fast jeder Franken aus dem Kredit durch den Bund vermehrt wird. Die Massnahmen am Gebäude werden

durch CO₂-Abgaben unterstützt. So werden aus einem kantonalen Franken fast vier Franken und aus 68 Millionen werden 257 Millionen Franken. Die Höhe der Bundesbeiträge ist an die Förderbeiträge der Kantone gekoppelt. Hier liegt der Kanton, wenn man es auf die Einwohnerzahl herunterbricht, weit unter dem Durchschnitt am Ende der Tabelle, auch nach der Aufstockung durch den Mehrheitsantrag. Alle anderen Kantone fördern pro Kopf mehr und alle anderen Kantone profitieren deshalb auch mehr von den Bundesgeldern. Unterstützen Sie deshalb mit uns den Antrag der Kommissionsmehrheit.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Um unsere Ziele im Energiebereich, wie Dekarbonisierung und bessere Energieeffizienz, zu erreichen, sind wir auf die aktive Mitwirkung aller angewiesen. Nachweislich geben Subventionen einen Anreiz, Energie zu sparen. Deshalb unterstützt die Mitte-Fraktion die vorgeschlagene Erhöhung des Rahmenkredits für Subventionen im Energiebereich.

Viele Gebäude verbrauchen immer noch unnötig zu viel Energie. Deshalb ist es zielgerichtet, mehr Geld für Subventionen in diesem Bereich bereitzustellen. Eine Subventionierung des Heizungsersatzes muss weiter möglich sein – ohne Stopp. Zudem muss die Forschung im Energiebereich dringend intensiviert werden, unter anderem: Wie und wo kann Energie gespart werden? Wie ist das Potenzial der verschiedenen neuen Technologien? Gefragt sind Pilotprojekte unter anderem in den Bereichen «Tiefengeothermie», «Fotovoltaik», «Biogas», besonders aber auch Stromspeicherung. Wir brauchen dringend mehr Stabilität in unserer Energieversorgung und damit mehr Unabhängigkeit vom Ausland.

Die Mitte-Fraktion aus der Vernunftallianz stimmt dem erhöhten Rahmenkredit 2023 bis 2026 zu.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Alles hat seinen Preis. Dieses unumstössliche Gesetz des Lebens gilt eben auch für die Energiepolitik. Wenn der Regierungsrat den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf kohlenstofffreie und erneuerbare Energiequellen bis 2040, spätestens bis 2050 schaffen will, müssen wir den Preis für mehr Schub, mehr Rückenwind, mehr Power bezahlen, in Zahlen ausgedrückt, den vorgeschlagenen Rahmenkredit um 16 Millionen Franken erhöhen. Kolleginnen und Kollegen, die einem Unternehmen vorstehen oder einen Landwirtschaftsbetrieb führen, wissen sehr wohl, dass sich die schönsten Strategien in Papiertiger verwandeln, wenn nicht gehandelt wird. Und gratis gibt es ohnehin nichts auf dieser Welt, das ist letztlich wohl allen bewusst.

Damit Unentschlossene ihren Traum vom Gratisbeschleuniger vielleicht eher aufgeben, erinnere ich nochmals daran, was es für den bezahlten Preis von 16 Millionen alles und schneller gibt: Wir können unseren Gebäuden besser dämmende Hüllen verpassen, wir können die Zahl der Öl und Gas verschlingenden Heizungsgeräte schneller reduzieren, wir können allfällige Lücken in der Energieversorgung mit Alternativen stopfen. Nehmen wir zu Letzterem das Stichwort «Fotovoltaik»: Stehen uns genügend Mittel zur Verfügung, fördert das auch das mutige und kreative Handeln, und wir können zum Beispiel Gemüseanbauflächen, Auto-

bahnüberdeckungen oder Teile vom Zürichsee vielleicht schon bald zur Gewinnung von Sonnenenergie nutzen. Aber ebenfalls nicht zu vergessen ist das riesige Potenzial der Tiefengeothermie, es wurde schon gesagt, oder die Erzeugung von Biogas. Der Weg dorthin führt oft über Pilotprojekte und Studien. Der schöne Nebeneffekt dabei: Sie stärken den Forschungsplatz Schweiz und damit unseren einzigen Rohstoff. Und dass Investitionen in zukunftsgerichtete Technologien auch Arbeitsplätze mit Zukunft nach sich ziehen, versteht sich von selbst.

Beim Votum der Bäuerinnen-Vertreterin Sandra Bossert traute ich meinen Ohren nicht. Ist es wirklich wahr, dass sie fortschrittliche Landwirte nicht unterstützen möchte, die ihren Beitrag an erneuerbare Energien, wie zum Beispiel der Erzeugung von Biogas, leisten? Der Bauernverband der Schweiz hat hier ein deutlich anderes Zeichen gesetzt mit seinem Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Und eine Angst, Sandra Bossert, kann ich dir nehmen: Ihr argumentiert, dass die SVP nicht sicher ist, ob das Geld aufgebraucht wird. Ich kann dir versichern, die Bauern sind Profis im Verwerten von Subventionen, und das meine ich nicht despektierlich. Sie sind gute Unternehmer.

Die EVP steht klar zu weniger CO₂-Ausstoss und mehr einheimischen erneuerbaren Energiequellen, so klar, dass ich gelegentlich denke: «EVP» könnte auch als Abkürzung stehen für «einfach visionär politisieren». Jedenfalls wird die EVP dem erhöhten Rahmenkredit zustimmen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Herzlichen Dank für das Wort, ich wurde ja mehrmals angesprochen. Und vielleicht fange ich gleich retour an: Lieber Daniel Sommer, mit dem Biogas wollte Herr Neukom die Bauern kaufen (*Heiterkeit*), und wir sind nicht käuflich. Und übrigens hat der Zürcher Bauernverband ganz klar Nein gesagt zum Stromfresser-Gesetz (*gemeint ist das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit [KIG]*), das einfach nebenbei. Dass der Schweizerische Bauernverband eine andere Meinung hat, das kann ich nicht beeinflussen. Und eben, mit dem Biogas wollte die Baudirektion die Landwirtschaft kaufen. Und im Kreditantrag der Regierung mit den 68 Millionen Franken sind auch 4 Millionen für Pilotprojekte Tiefengeothermie und Biogasanlagen eingerechnet; das nur so nebenbei.

Zurück zur SP: Wir wollen nicht einfach nichts sprechen, sondern 68 Millionen Franken, notabene das Doppelte des letztjährigen Rahmenkredits. Den Antrag der Regierung, das haben wir von Anfang an gesagt, unterstützen wir. Und vielleicht noch zurück zu Barbara Franzen, sie hat mich ja als Erstes angesprochen: Wir waren immer in der gleichen Sitzung. Wir sassen zwar nicht nebeneinander, aber wir waren in der gleichen Sitzung. Ich habe das als «auf die Tränendrüse gedrückt» empfunden, du hast dich vielleicht einfach einwickeln lassen. Und woüber ich vielleicht noch froh gewesen wäre: wenn du deine Interessenbindung bekannt gegeben hättest. Du hast selber gesagt, dass du im Vorstand des Geothermie-Vereins VGKS bist. Und wenn du dann so viel für Biogas und Geothermie weibelst, dann musst du das natürlich schon sagen. Es wäre schön, wenn du am

Anfang deine Interessenbindungen bekannt geben würdest. Und wie gesagt, die Bauern lassen sich nicht kaufen. Wir sprechen uns nochmals bilateral.

René Isler (SVP, Winterthur): Ich staune und ich rede jetzt eigentlich für den kleinen Mann auf der Strasse und auch für die Familien. Subventionen und Zuschläge, falls Sie es noch nicht gewusst haben sollten, die fallen nicht vom Himmel, die zahlt jemand. Das ist jede Familie, das ist jeder Arbeiter, das ist jeder, der irgendeiner Arbeit nachgeht. Selbstverständlich für die bildungsfernen und arbeits-scheuen Klimakleber kommt das nicht infrage, aber für alle anderen. Jede Subvention und jeden Zuschuss zahlt jemand, sie fällt nicht vom Himmel. Und am Schluss trägt das, auch wenn Sie diese Fördergelder gesprochen haben, auch meine Wärmepumpe zu Hause, der kleine Mann. Und da sprechen Sie von Stromsparen. Da haben wir die Glühbirnen abgeschafft. Da haben wir die Staubsauger reduziert, damit sie keine Leistungen mehr über 900 Watt haben. Und dann installieren wir am ganzen Strassenzug Wärmepumpen auf Teufel komm raus, dabei haben wir nicht einmal die nötigen Netzkapazitäten. Also jede Überbauung bei uns in Winterthur kann nicht gleichzeitig mit diesen Wärmepumpen betrieben werden, weil wir zu wenig Strom durch die Netze bringen. Und zu guter Letzt auch eine Frage an das Gewissen der geschätzten freisinnigen Kolleginnen und Kollegen: Einfach noch einmal 16 Millionen Franken draufpacken, das finde ich schon noch ein starkes Stück. Und wenn Sie etwas installiert haben – ich weiss nicht, wie viele Hauseigentümer wir hier haben, aber wir haben sehr viele, auch Freisinnige, sehr liebe Kolleginnen und Kollegen, die im Hauseigentümerverband sind –, dann ist die Installation das eine. Das zweite sind aber die Mehrkosten, die Sie tragen müssen. Jetzt ist ja genau links, ja, auf der linken Ratsseite die grosse Diskussion im Gange: Warum gehen denn die Mietzinse immer noch mehr hinauf? Ja, das ist auch eine grüne Politik. Der Sprecher der EVP hat das auf den Punkt gebracht, als er gesagt hat «das ist auch eine Preisfrage», und die wird nicht kleiner. Also diese Kosten, einen Teil davon können Sie auf Ihre Mieterinnen und Mieter ummünzen, aber einen Teil tragen auch wir als Hauseigentümer, wenn Sie ein Mehrfamilienhaus haben. Ich trage etwas mehr von diesen Kosten, die der ganze Energiewahnsinn mit sich bringt, weil man auf Teufel komm raus sofort einen Erfolg haben will. Wir müssen nicht den Staat fördern, sondern wir müssen die private Unternehmerschaft fördern, die mir eine Technologie zur Verfügung stellt, mit der ich auch noch Geld sparen und das Eingesparte den Mieterinnen und Mietern wieder abgeben kann. Aber so, wie Sie das wollen, liebe Freisinnige, das ist definitiv der falsche Weg.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Werte Kolleginnen und Kollegen von der SVP, wir haben jetzt einfach gehört, dass Sie das Geld nicht ausgeben wollen. Aber warum Sie das Geld nicht ausgeben wollen, das haben wir von Ihnen nicht gehört. Sie haben nur gesagt «wir lassen uns nicht kaufen». Das ist nicht gerade ein starkes Argument, wenn es darum geht, ob man Klimaschutz im Kanton Zürich betreiben will und ob man Klimaschutz und klimafreundliche Heizsysteme im Kanton Zürich fördern will oder nicht. Da müssen Sie uns schon gute Gründe

geben, warum man diese Techniken in unserem Kanton nicht fördern will. Wir beobachten das schon länger mit Ihnen: Sie sagen eigentlich immer «ja, ja, es wird dann irgendwann eine technische Innovation kommen und diese technische Innovation, die wird uns das Leben so einfach machen, dass wir überhaupt kein Geld in die Hand nehmen müssen und auch unser Leben überhaupt nicht verändern müssen, denn die Technik, die macht es ja für uns»; also sofern Sie überhaupt anerkennen, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, selbstverständlich. Aber jetzt, da wir Geld zur Entwicklung von Techniken sprechen würden, sagen Sie wieder Nein. Und da muss ich Ihnen halt einfach sagen: Wir glauben Ihnen nicht einmal Ihr aufgeschobenes Zukunftsargument, dass es Ihnen ernst ist, dass irgendwann mal die Technik kommen wird. Das kümmert Sie nämlich nicht, wenn Sie kein Geld für die Entwicklung diese Technik in die Hand nehmen wollen. Und es ist wirklich wenig, also da irren Sie sich ein bisschen.

Dann ist es schon spannend, ich habe jetzt nochmals in der Vorstoss-Liste nachgeguckt, bei unseren Geschäften. Da haben wir zum Beispiel ein Geschäft 264/2019 mit dem Titel «Unterstützung von Biogasanlagen gemäss Rahmenkredit nach Paragraf 16 Energiegesetz». Darf ich Ihnen verraten, wer der Erstunterzeichner ist? Es ist niemand weniger als Ihr Fraktionspräsident (*Martin Hübscher*). Also vielleicht sollten Sie, Sandra Bossert, zunächst einmal mit Ihrem Präsidenten reden, bevor Sie uns solche Dinge erzählen, dass Sie sich nicht mit Biogas-Anlagen kaufen lassen möchten, Ihr Fraktionspräsident will genau das Gegenteil. Und dann habe ich noch einen Vorstoss gefunden, sehr interessant: 271/2022: «Leistungsfähige Netzwerkinfrastrukturen für erneuerbare Energien, namentlich Biogas in ländlichen Gebieten», also wieder für die Bauern, oder man möchte schauen, dass die Biogasanlagen besser erschlossen werden. Man möchte schauen, dass die erneuerbaren Energien, Fotovoltaik, auf den Bauernhöfen besser erschlossen werden, gerade wenn sie viel produzieren. Das sind wir dafür, das finden wir interessant. Nur Sie sind nicht dafür. Da muss ich schon lachen. Sie sind derart widersprüchlich, dass wir Sie auf diesem Gebiet einfach nicht mehr ernst nehmen können. Wir können Sie auch nicht ernst nehmen, wenn Sie sagen «ja, das wird jetzt alles teurer». René Isler, es wird nicht teurer, es wird günstiger. Sie können in Ihren Häusern für Erdöl und Erdgas gerne mehr zahlen, wenn Sie das möchten. Eine Wärmepumpe ist, über 20 Jahren gerechnet, viel günstiger. Und über 20 Jahre, da können Sie verschiedene Leute fragen, die eine Wärmepumpe haben, rechnet sich das nämlich extrem. Und wenn Sie freiwillig gerne mehr an ihre Erdöllobby zahlen möchten, dürfen Sie das tun. Ich empfehle aber, das Klimaschutzgesetz anzunehmen, damit wir in diesem Gebiet endlich vorwärtsmachen können.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Sandra Bossert wurde direkt angesprochen, ich gebe ihr nochmals das Wort.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Danke vielmals. Zu dir, Thomas: Also wenn du mir vielleicht zugehört hättest, wüsstest du, warum wir nicht einfach nochmals

16 Millionen Franken mehr sprechen wollen, nämlich, weil wir uns als Volksvertreter für die Steuerzahler einsetzen wollen. Wir sind für einen sorgsamen Umgang mit Steuergeldern. Und wenn du jetzt von den Biogasanlagen sprichst, im Kredit des Regierungsrates sind 4 Millionen Franken für solche Sachen eingestellt. Das ist nicht einfach nichts, aber die 13,5 Millionen Franken, die ihr einfach mal sprecht für irgendwelches «wir schauen dann mal, was kommt» anstatt einfach für einen Objektkredit, von dem man sagen kann «das ist das Thema, das fördern wir jetzt», wir stellen einfach mal 13,5 Millionen Franken in den Raum und dann schauen wir mal, irgendwas kommt dann schon in den vier Jahren, das machen wir nicht mit. Und das ist Steuergeld und gegen das wehren wir uns. Und beim Postulat von Martin Hübscher habt ihr uns überhaupt nicht unterstützt. Und dann plötzlich hat man das Gefühl, ach ja, vielleicht könnte man so die SVP kaufen, indem man mit den Biogasanlagen kommt. Aber das Geld würde dann irgendwo versickern. Und zuerst waren nur 250'000 Franken eingestellt; das zu dir. Danke.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich gebe gleich meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Landwirt und wir sind auch schon länger daran, irgendetwas mit Biogas zu machen, das gebe ich zu. Aber jetzt möchte ich doch Herrn Forrer sagen, ihr habt wirklich nicht zugehört heute Morgen. Sie behaupten Dinge, die so nicht stimmen. Wir lehnen nicht den Kredit ab. Für einmal glauben wir Ihrem Baudirektor, wir unterstützen den Kredit des Baudirektors. Wir sind uns sogar einig, dass wir gegen Stop-and-go sind. Wir unterstützen ja den Kredit des Regierungsrates, wir sind lediglich gegen eine Erhöhung. Und da bin ich jetzt doch ein bisschen erstaunt, aus zwei Gründen erstaunt: Sie sind es nämlich genau, die unseren Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) gerüffelt haben, weil er zu gut budgetiert hat, weil nachher die Rechnung wieder besser abschliesst als das Budget. Was machen Sie jetzt hier? Sie posten einen hohen Kredit in ein Budget und wir sind dann daran, dass wir sagen: Ja gut, dann bewilligen wir. Wenn der Kredit wieder aufgebraucht ist, bewilligen wir wieder einen neuen Kredit. Und wie schnell das gehen kann, das haben wir bei Corona (*in der Covid-19-Pandemie*) bewiesen. Es geht nämlich genau sechs Wochen. Wenn es schnell gehen muss, dann geht es sechs Wochen und dann haben wir das bewilligt. Und wenn Sie das nicht glauben, dann können Sie diese Daten selber nachschauen. Sie müssen uns jetzt nicht vorwerfen, wir seien gegen diesen Kredit. Wir sind dafür, wie wollen lediglich nicht noch mehr erhöhen. Und wenn Sie uns jetzt noch die Biogasanlagen vorwerfen, das hat Sandra Bossert jetzt korrigiert. Und das grosse Problem, das haben Sie jetzt gerade selber gesagt, ist die Verhinderung durch unsere anderen Probleme, durch die Netze. Und dann möchte ich auch sagen, dass der Kanton Zürich im Nichtbauggebiet Hürden aufstellt, die andere Kantone bereits weggeschafft haben, nämlich, dass wir zum Beispiel für den Netzausbau die Bewilligungen im übrigen Baugebiet nicht kriegen, und das ist die Behinderung, das ist der Hinderungsgrund, weshalb nicht gebaut wird, und nicht die fehlenden Gelder im Moment. Und die 4 Millionen Franken, die jetzt vom Regierungsrat eingestellt sind, die würden mehr als reichen. Denn die Projekte kommen gar nicht

schneller, weil diese Hinderungen da sind, und wir sind für die Abschaffung der Hinderungen. Unterstützen Sie mit uns die Motionen, die eingereicht sind oder die dem Baudirektor vorliegen, und helfen sie, die Hürden abzubauen, damit endlich mehr ausgebaut werden kann. Dazu braucht es nicht in erster Linie mehr Geld. Herzlichen Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Natürlich habe ich heute einen kapitalen Fehler begangen, ich habe nämlich vergessen, meine Interessenbindung bekannt zu geben: Ich bin, wie meine geschätzte Kollegin Sandra Bossert gesagt hat, tatsächlich Vizepräsidentin des Vereins Geothermische Kraftwerke Sektion Zürich. Es ist ein kapitaler Fehler, dass ich das nicht gemacht habe, aber ich habe erwartet, dass das nach der epischen Debatte um die Geothermie (*KR-Nr. 147/2021*) noch bekannt sein dürfte. Nun, Sandra Bossert hat das netterweise für mich korrigiert und gibt mir gleich noch einmal die Gelegenheit, hier zu replizieren, herzlichen Dank.

Es ist also schon nicht so, dass in der KEVU geweibelt wurde, weder für das Biogas noch für die Geothermie. Man stelle sich das vor: Es geht ganz einfach um die Aufstockung eines Rahmenkredits, und da wurde keiner gekauft. Da ist keiner geweibelt und da ist auch keiner umgefallen, und ich wehre mich wirklich gegen solche Unterstellungen, dass a) die Baudirektion dies überhaupt getan hätte, die Bauern gekauft – meine Güte, das wäre aber ein sehr günstiger Preis –, noch wurde b) die FDP irgendwie umgestossen in ihrer Haltung. Denn wir sind glaubwürdig. Wir reichen Vorstösse ein für die Förderung der Geothermie, für die Förderung von Biogasanlagen, für den Ausbau der Stromnetze. Und wenn es dann darum geht, nicht nur «A» zu schreien, sondern eben auch «B» zu sagen, dann sind wir dazu bereit. Und wir wissen, dass diese Innovationen im Kanton Zürich etwas kosten müssen und sollen und deswegen haben wir den Antrag eingereicht. Wir sind also glaubwürdig.

Nun zu Martin Hübscher: Ich finde ja den Vergleich mit der Corona-Zeit geradezu rührend. Da will man uns nun wirklich weismachen, dass es eine Biogas-Notlage gäbe und dass man dann so schnell einen Kredit durchpushen würde. Dieser Vergleich, der hinkt nun wirklich. Von der SVP hätte ich mir mehr erwartet. Wer solche Vorstösse macht, der sollte sich auch überlegen, was er damit anrichtet, auch im Finanziellen. Und es stellt sich für mich die Frage: Worum geht es hier überhaupt? Geht es um Finanzpolitik oder geht es um Klima- und Energiepolitik? Ich meine, die SVP weiss das selber nicht ganz, und deswegen auch diese kuriose Auslegeordnung mit Corona, mit dem Stromfresser-Gesetz. Es hat nun wirklich gar nichts damit zu tun. Es geht hier nur um die Erhöhung des Rahmenkredites. (*Zwischenruf von René Isler.*) Entschuldigung, Herr Isler, ich bin am Sprechen. Es geht hier um die Aufstockung des Rahmenkredites. Die FDP ist glaubwürdig. Wir verlangen mehr Innovation und wir wissen, dass Innovation auch etwas kosten muss. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald): Eine kurze Replik, nicht zu Barbara Franzen – die hätte es zwar auch verdient –, aber zu Florian Meyer von den Grünen. Meine Interessenbindung noch kurz: Ich arbeite mit meiner Firma im Bereich von PV-Anlagen. Florian Meyer hat das Beispiel der KEV aus dem Jahr 2008 erwähnt. Dies sei ein schlechtes Beispiel gewesen, weil der Topf zu schnell geleert worden sei. Zum Glück war es so, denn die damaligen Einspeisevergütungen waren klar viel zu hoch. Hätten wir diese heute noch, so hätten wir rund fünfmal so hohe Ausgaben im Bereich der PV-Subventionen, rund fünfmal! Die Vernunft der Klimaallianz stelle ich hier ganz klar in Abrede. Und ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, dass in naher Zukunft irgendwer die Zeche all dieser Wohlstanderscheinungen einmal zahlen muss. Danke.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Auch bei mir ist es so wie bei Frau Franzen, ich muss zuerst einmal Asche auf mein Haupt streuen, ich habe einen kapitalen Fehler gemacht: Ich habe der SVP nicht gratuliert, dass sie den Antrag des Regierungsrates annimmt. Herr Honegger, Sie haben noch den letzten Zwick an der Geissel, wie es so schön auf Schweizerdeutsch heisst, gegeben, sodass ich mich nochmals gemeldet habe. Sie haben gesagt, für diese – ich zitiere Sie war wahrscheinlich falsch, Sie entschuldigen –, für diese Wohlstandsangelegenheit werden wir dann noch die Zeche zahlen. Ja, wir werden eine Zeche zahlen, weil die Klimakrise sicherlich kommen wird. Ich in meinem Alter werde sie wohl nicht mehr zahlen, aber die Leute, die auf der Tribüne sind, die Jugendlichen, die auf der Tribüne sind, die werden diese Zeche zahlen. Und es ist nicht das Dilemma für den heutigen Steuerzahler, wie das erwähnt wird, sondern es ist das Dilemma des zukünftigen Steuerzahlers, der diese Zeche zahlen wird. Es ist unverständlich, dass Sie nicht auch langsam, aber sicher einsehen – ich rede da jetzt nicht von Herrn Isler, der wird es nie einsehen, sondern von der Mehrheit der SVP hier, vor allem auch von den Neugewählten, die doch eine Generation jünger sind als Herr Isler –, dass sie einsehen werden, dass diese Klimakrise kommen wird.

Zum Herrn Hübscher: Wir haben ja in der KEVU bereits das Tempo des gehetzten Wahnsinnigen angeschlagen und trotzdem haben wir es nicht geschafft, in dieser Vorlage innerhalb von diesen erwähnten sechs Wochen zu bleiben, sondern wir haben wesentlich länger gebraucht. Es ist eine Illusion zu sagen, wir könnten solche Objektkredite innerhalb von sechs Wochen beurteilen und auch entscheiden. Wir werden immer, der Kantonsrat wird immer länger brauchen, und deshalb ist es sinnvoll, diesen Kredit wirklich so zu verabschieden, wie das die KEVU wünscht. Nochmals, Entschuldigung, dass ich vergessen habe, dass Sie Ja sagen, aber das Ja-Sagen ist dieses Krabbeln, das ich vorher erwähnt haben. Wir müssen endlich lernen zu laufen, zu rennen, liebe SVP. Machen Sie doch auch mit bei der Erhöhung dieses Kredits.

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Jetzt sage ich auch noch etwas von der AL, von unabhängiger Seite quasi: Ja, ich wollte zuerst nichts sagen, auch so ein Spruch, den man öfters hört, was wir hier leider zu oft erleben,

das Wiederkäuen eines Themas, das wir bereits zur Genüge besprochen haben. Vielleicht ist es neu für ein paar Leute im Ratssaal, die hier das zweite beziehungsweise das erste Mal dabei sind, wenn man von letzter Woche absieht. Aber ja, wir hatten diese Diskussion bereits zur Genüge, die ganzen Massnahmen und die Wärmepumpen. Und Sie haben auch darüber abstimmen können, es bereits angenommen (*gemeint ist das kantonale Energiegesetz*). Ich glaube, man kann feststellen, dass es Common Sense ist, dass man entsprechende Subventionen für Wärmepumpen, für die Massnahmen auch spricht, nachdem wir den entsprechenden Gesetzen in Volksabstimmungen zugestimmt haben. Hier geht es also um Beständigkeit, damit hier die Subventionen auch bereitstehen. Und wenn es diese Subventionen nicht gibt und dann trotzdem gebaut wird, ob es dann billiger kommt? Nun ja, das steht auf einem anderen Blatt. Die Diskussion will ich hier aber jetzt nicht auf tun, was dann passiert. Wir haben es ja bereits gehört, jeder Franken des Bundes wird verdoppelt, also ist es auch für uns eine günstige beziehungsweise eine gute Massnahme, auch finanziell. Und um es hier nochmals zu betonen: Hier geht es nicht einmal um neue Klimamassnahmen, sondern lediglich um bestehende Massnahmen, um Beständigkeit und um deren saubere Finanzierung. Und genau diese wollen Sie hier torpedieren, um dann noch anzuführen, dass wir im Notfall schnell entscheiden könnten, wie wir es bereits zuvor gehört haben. Da kann man eigentlich nur sagen: Vorsicht ist besser als Nachsicht, und dies insbesondere auch beim Klimaschutz. Also sprechen wir besser darüber, wie wir die Klimaschutzmassnahmen besser und schneller umsetzen können. Sprechen wir über neue Ideen und führen wir hier nicht ein Schattenboxen um Massnahmen und um Themen, Diskussionen, die wir bereits in der letzten Legislatur zur Genüge geführt haben und hier nur noch ordentlich finanzieren sollten. Die AL wird selbst verständlich diesem Antrag zu dieser Vorlage zustimmen.

Regierungsrat Martin Neukom: Das kantonale Förderprogramm leistet einen sehr wichtigen Beitrag für den Klimaschutz und für die Erreichung unserer Klimaziele. Wir fördern einerseits Gebäudesanierungen, also hauptsächlich Wärmedämmungen und damit Energieeffizienz, damit wir weniger Energie brauchen, egal, ob das jetzt Strom ist oder Öl oder Gas. Und wir fördern den Ersatz von Heizungen, wir fördern erneuerbare Heizungen, also das sind Wärmepumpen oder Fernwärmeanschlüsse, theoretisch auch Holzheizungen und einige weitere Massnahmen. Nun, das Erfreuliche an dieser Angelegenheit ist, und das ist wirklich gut: Die Nachfrage nach dem Förderprogramm ist extrem hoch und sie ist in letzter Zeit nochmals stark gestiegen. Das ist sehr gut, denn das heisst, wir kommen beim Umbau voran. Die Ursachen, warum das so stark gestiegen ist, darüber können wir spekulieren, es ist aber relativ einfach zuzuordnen: Einerseits ist es klar, es gibt sehr viele Leute, die einen Beitrag leisten wollen zu dieser Energiewende, zum Klimaschutz. Dann liegt es ebenfalls auf der Hand, dass der Ukraine-Krieg die Sensibilität für Energiefragen deutlich verstärkt und auch das Bedürfnis nach höherer Unabhängigkeit von Gas, insbesondere Gasimporten, verstärkt hat. Und wir haben in den Zahlen gesehen, dass sich nach dem Ukraine-Krieg diverse Fragestellungen rund um Energie verstärkt haben und auch mehr Wärmepumpen installiert

wurden. Das ist ebenfalls eine positive Auswirkung. Und dann hat natürlich das Energiegesetz, welches seit September 2022 in Kraft ist, ebenfalls noch dazu geführt, dass die Nachfrage nach Wärmepumpen nochmals gestiegen ist. Weiter haben wir seit diesem Jahr, seit dem 1. Januar 2023, das neue Meldeverfahren in Kraft. Das heisst, es ist noch ein kleines bisschen einfacher und es geht noch ein kleines bisschen schneller, Wärmepumpen zu installieren. Und das alles mögen die Gründe sein, warum diese Nachfrage sehr hoch ist und der Umbau schnell vorangeht.

Das hat aber auch dazu geführt, dass die bereits gesprochenen Mittel aus der letzten Legislatur nun fast aufgebraucht sind. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass wir das hier heute diskutieren können. Das heisst, der vorliegende Rahmenkredit, über den Sie heute beschliessen, ist nötig, wenn wir das Programm, so wie wir es jetzt haben, weiterführen wollen. Das ist der Punkt der für mich sehr, sehr zentral ist. Wenn Sie diesen Rahmenkredit nicht bewilligen würden, dann müssten wir einen Förderstopp machen, und das wäre gravierend. Deshalb freue ich mich sehr, dass Sie hier ganz offensichtlich einstimmig diesen Rahmenkredit unterstützen.

Wir haben ebenfalls beim Rahmkredit eine leichte Erhöhung um 2 Millionen Franken vorgesehen für Pilotprojekte im Bereich Fotovoltaik, im Bereich Energiespeicher und auch im Bereich Biogas. Das habe ich eigentlich eher gemacht, weil ich gedacht habe, dass dann die Bauern sich auch etwas freuen darüber. Aber wir sehen, es findet ja Ihre Unterstützung. Also vielen herzlichen Dank. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat diese 68 Millionen Franken, und es freut mich wirklich, dass Sie offensichtlich einstimmig meinen Antrag respektive den Antrag der Regierung unterstützen. Deshalb bin ich hier schon mal grundsätzlich sehr zufrieden. Dass Sie trotzdem noch einen Grund gefunden haben, heftig zu streiten heute Morgen, das liegt vermutlich in der Natur eines Parlaments.

Damit zum Antrag der KEVU: Die KEVU will den Rahmenkredit noch mal um 25 Prozent erhöhen, also plus 16 Millionen Franken. Im Grundsatz wehre ich mich selten dagegen, wenn man mir mehr Geld geben will. Allerdings beantragt Ihnen der Regierungsrat, wie gesagt, diese 68 Millionen Franken und ist aus finanzpolitischen Gründen dagegen, das zu erhöhen. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, den Antrag der KEVU abzulehnen.

Falls Sie den Kredit trotzdem erhöhen, muss ich Ihnen schon noch sagen, es ist tatsächlich so: Wenn Sie von mir verlangen, zusätzliche Pilotprojekte zu machen, dann ist das nicht ganz einfach. Denn wir machen diese Projekte nicht selber. Das heisst, wir haben es nicht einfach allein in der Hand, was wir vorantreiben können, sondern wir brauchen Dritte dazu. Wir werden uns Mühe geben, entsprechend gute Pilotprojekte zu finden und mit Dritten zusammenzuarbeiten. Aber Sie ahnen es schon, es hängt von Dritten ab, deshalb kann ich nicht garantieren, dass wir auch genügend sinnvolle Projekte finden. Was ich Ihnen garantieren kann, ist, dass ich das Geld nur dann ausbe, wenn wir auch wirklich sinnvolle Projekte haben.

Im Namen des Regierungsrates bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Somit haben wir Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Christian Lucek, Sandra Bossert, Ulrich Pfister und Daniela Rinderknecht:

I. Für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes wird für 2023–2026 ein Rahmenkredit von Fr. 68 000 000 bewilligt.

II. Die Beiträge für die direkte Förderung sowie für Pilotprojekte von insgesamt Fr. 64 000 000 gehen zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft. Die Beiträge für die indirekte Förderung von Fr. 4 000 000 gehen zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Christian Lucek gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 119 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Für Ziffer I der Vorlage 5876a stimmen 167 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II., III., IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.